



Gemeinde Pfinztal

## **Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 24.05.2022**

<b>Ort:</b>	Hagwaldhalle, Industriestraße 2 c, 76327 Pfinztal (Kleinsteinbach)
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:30 Uhr

### **Anwesende Personen**

**Vorsitzende:**

Bodner, Nicola

**Ordentliche Mitglieder:**

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar  
Frensch, Kristin  
Gutgesell, Andreas  
Herb, Artur  
Hörter, Frank  
Hruschka, Andreas  
Konstandin, Angelika  
Lüthje-Lenhardt, Monika  
Mohamed Fahir, Aisha  
Möller, Eva  
Nickles, Helmut  
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.  
Reeb, Tilo  
Rendes, Markus  
Ringwald, Markus  
Rothweiler, Edelbert  
Rothweiler, Sonja  
Schaier, Barbara  
Schwarz, Simon  
Vogel, Roland, Dr.  
Vortisch, Volker Hans

**Schriftführerin:**

Riegel, Sarah

**Verwaltung:**

Bauer, Christian  
Dickemann, Niklas  
Münch, Jens  
Sturm, Thomas

**Mitwirkende/ext. Org.:**

Oepen, Reiner - zu TOP 2 ö (Beseitigung  
schiengleicher Bahnübergang Söllingen)  
Ziegler, Heiko - zu TOP 2 ö (Beseitigung schienengleicher  
Bahnübergang Söllingen)

**Ortsvorsteher:**

Oberle, Gebhard



**Nichtanwesende Personen**  
**Ordentliche Mitglieder:**

Gegenheimer, Thomas - entschuldigt

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 16.05.2022.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 19.05.2022.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:  
Gemeinderätin Schaier  
Gemeinderat Reeb



## T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Beseitigung schienengleicher Bahnübergang Söllingen **BV/014/2022**
  - Bau einer PKW- und einer Fußgängerunterführung
  - Auftragsvergabe
3. Aktualisierung der Allgemeinen Kanalisationspläne (AKP) der Gemeinde Pfinztal **BV/996/2022**
  - Vergabe von Ingenieurleistungen
  - Beratung und Beschlussfassung
4. Änderung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften **BV/926/2021/4**
  - Beratung und Beschluss
5. Natur-/Waldkindergarten in Söllingen **BV/992/2022/1**
  - Beratung und Beschluss über die Vergabe der Betriebsträgerschaft
6. Erlass einer Verordnung über den Ladenschluss anlässlich der Kirchweih in den einzelnen Ortsteilen **BV/010/2022**
  - Beratung und Entscheidung
7. Änderung der Hauptsatzung - Grundsatzbeschluss zur Abschaffung der Ortschaftsverfassung **BV/989/2022/1**
  - Beratung und Beschlussfassung
8. Mitteilungen der Bürgermeisterin
9. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
10. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



## 1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Bürgermeisterin Bodner** erläutert das Procedere und möchte wissen, ob Wortmeldungen vorliegen.

**Ein Bürger** stellt sich als Anwohner des Bocksbachs in Kleinsteinbach vor. Er äußert das Problem, dass die Anwohner zum Thema Hochwasser, außer über das Gemeindeblatt, nichts erfahren würden. Dies sei ihnen zu wenig. Eine Begehung gemeinsam mit den Fachleuten und Bürgern zusammen zur Beantwortung der Fragen sei gewünscht. Er äußert, dass die Fließgeschwindigkeit durch bisherige Hochwasser und aufeinander geschobene Steine gehemmt sei. Dies müsse von einer Firma oder Gemeindearbeitern behoben werden. Außerdem müsse das Gras am Rand des Bachs zwei bis drei Mal im Jahr gemäht werden. Er verstehe nicht, weshalb die Gemeinde in solchen Angelegenheiten nichts unternehmen würde. Im Gemeindeblatt stehe, dass eine Firma beauftragt sei und die Umsetzung bis nächstes Jahr andauern würde. Bis dahin seien die Anwohner bei Starkregen „abgesoffen“. Wer solle dann die Versicherungen und die Schäden bezahlen? Er äußert seine Enttäuschung darüber, dass Frau Bodner erst nach Drängen der Bürger eine Besichtigung vor Ort vorgenommen hätte.

**Ein Bürger** stellt sich als Bewohner der Pforzheimer Straße, unmittelbar am Bocksbach, vor. Das Hochwasser im letzten Jahr hätte ihn hart getroffen. Die Entscheider der Gemeinde sollen erkennen, dass es um existenzielle Fragen und nicht um ein bisschen Wasser im Keller gehe. Wasser bringe Schmutz in die Keller, welcher nur schwer zu entfernen sei. Er berichtet von einem ihm persönlich bekannten Fall, in welchem die Wohnung eines älteren Ehepaares durch das Eindringen von Wasser ein dreiviertel Jahr unbewohnbar gewesen sei. Seelische und nervliche Belastungen seien unschwer vorstellbar. In seinem eigenen Haus hätte das Wasser den Stromzähler überflutet und hätte fast den Hauptsicherungskasten erreicht. Der Gasdruckregler wurde unbrauchbar. Berührungen mit dem Wasser seien lebensgefährlich gewesen. Es könne Tote geben sowie starke Wertminderungen der Grundstücke. Die Anwohner seien sehr überrascht darüber, dass die Gemeinde Pfinztal bislang noch keine konkreten Maßnahmen getroffen hätte. In Karlsbad wären bereits ein Büro beauftragt und Maßnahmen umgesetzt worden. Alle Anwohner versuchen, sich gemäß der Eigenverantwortung in ihrem Rahmen zu schützen. Viele Maßnahmen seien ohne Unterstützung des Landes durchgeführt worden. Sofortmaßnahmen würden von der Gemeinde jedoch nicht durchgeführt werden. Er sagt, der Schaden in seinem eigenen Haus wäre 5-stellig, teilweise werden die Beträge durch die Versicherungen übernommen. Bei weiteren Vorfällen würden die Versicherungsbeiträge steigen und irgendwann könne der Versicherungsschutz entzogen werden. Er bittet darum, seinen Vortrag ernst zu nehmen und zügig Sofortmaßnahmen zu treffen, um Menschen zu schützen. Ein Jahr ohne Ergebnis wäre definitiv zu lange und das Hochwasser komme wieder.

**Eine Bürgerin** stellt sich als Ehefrau des Vorredners vor und möchte dessen Ausführungen ergänzen. Sie wohnen bereits seit 2010 am Bocksbach in Kleinsteinbach. Es gab bereits 2013 ein Hochwasser welches jedoch vorhersehbar gewesen sei, da der Bocksbach über eine Woche lange durch dauerhaften Regen nach und nach anstieg. Der Bocksbach sei 40 cm über die Ufer getreten und hätte enorme Schäden angerichtet. Das letzte Hochwasser im Juni letzten Jahres sei aus heiterem Himmel nach einem Starkregenereignis gekommen. Die Anwohner hätten keine Chance gehabt, dies vorauszusehen. Der Wasserspiegel sei um 2,30 Meter innerhalb von 45 Minuten angestiegen. Da das Hochwasserereignis gegen Mitternacht aufgetreten sei, schliefen die meisten bereits und konnten keine Maßnahmen ergreifen. Dies wäre in der kurzen Zeit sowieso nicht möglich gewesen. Auch in diesem Jahr hätte es im Februar ein weiteres Hochwasserereignis gegeben. Sie äußert, dass die Anwohner nun bei jedem Regen zittern würden, da der Wasserspiegel des Bocksbachs nicht mehr kalkulierbar



sei. Solche Ereignisse würden erst seit dem Ausbau der Autobahn und der Renaturierung des Bocksbachs auftreten. Die Anwohner würden die Umsetzung von Maßnahmen erwarten, zu welchen diese selbst nicht in der Lage seien. Maßnahmen zum Eigenschutz hätte mittlerweile sowieso jeder schon getroffen. Ergebnisse der Gutachten würden benötigt werden, um die Förderungen des Landes zu erhalten. Eine Umsetzung von Sofortmaßnahmen, wie in Karlsbad bereits geschehen, werde erwartet.

**Ein Bürger** stellt sich als Anwohner der Pforzheimer Straße vor. Er möchte die Thematik anders herum betrachten. Es werde immer argumentiert, dass die B10 und die Eisenbahnbrücke den Rückstau verursachen würden. Er wohne nun 28 Jahre am Bocksbach und hätte neben dem Jahrhunderthochwasser im letzten Jahr noch zwei weitere kritische Phasen in diesem Jahr gehabt. Die Renaturierung des Bocksbachs sei als Ausgleichsfläche für ein Neubaugebiet in Söllingen durchgeführt worden. Seit dieser Zeit hätten sie Probleme mit Hochwasser. Somit sei es eine Angelegenheit der Gemeinde und nicht der Anwohner. Es könne nicht argumentiert werden, dass Eigenverantwortung da sein müsse. Die Problematik sei durch Gemeindebeschluss hervorgerufen worden.

**Eine Bürgerin** stellt sich ebenfalls als Anwohnerin der Pforzheimer Straße vor. Sie verstehe getroffene Aussagen wie „es gehe nur um ein bisschen Wasser im Keller“ nicht. Wohnungen seien durch Hochwasser unbewohnbar gewesen, Heizungen seien kaputtgegangen und Wertgegenstände vernichtet. Hochwassermanagement hätte auch etwas mit Umweltschutz zu tun. Das sollte in diesen Zeiten auch ein Anliegen der Gemeinde sein. Dass andere betroffene Gemeinden die Umsetzung von Sofortmaßnahmen hinbekommen würden, werfe ein schlechtes Bild auf die Gemeinde Pfinztal. Pfinztal sei zu langsam. Kleinigkeiten hätten bereits umgesetzt werden können.

**Bürgermeisterin Bodner** bedankt sich für die Wortmeldungen. Eine Veranstaltung sei bereits geplant, zu einem Zeitpunkt, an dem mehr Informationen vorliegen würden. Man müsse einige Behauptungen zu Themen, die hier in den Raum gestellt wurden, ausräumen. Pfinztal sei mit einigen Dingen viel früher dran gewesen, als andere.

## **2. Beseitigung schienengleicher Bahnübergang Söllingen**

- Bau einer PKW- und einer Fußgängerunterführung**
- Auftragsvergabe**

**Bürgermeisterin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein. Sie begrüßt einen Vertreter der Deutschen Bahn sowie einen Vertreter der AVG. Die Vergabe des Projektes wurde ausgeschrieben und es liegen nun vier Bewerbungen vor. Frau Bodner übergibt das Wort an die Vertreter der Deutschen Bahn.

**Herr Ziegler der AVG** erklärt, dass zu Beginn diesen Jahres die Vergabe für den Bau der Unterführungen inklusive der Anpassungen der Bahnsteiganlagen der AVG europaweit in einem mehrstufigen Verfahren ausgeschrieben wurden. Es hätte eine große Resonanz gegeben. Vier namenhafte Firmen hätte den Hut in den Ring geworfen und den Preis abgegeben. Der günstigste Bieter sei die Firma Leonhard Weiss GmbH + Co. KG mit einem Preis in Höhe von 23.711.198,49 €. Ein fachliches Aufklärungsgespräch mit diesem Bieter hätte stattgefunden. Die Preise und Abweichungen zu Kostenschätzungen seien hinterfragt und alles für solide kalkuliert erachtet worden. Die deutlich erkennbare Preissteigerung sei aufgrund der aktuellen Zeit üblich und nachvollziehbar.



**Gemeinderat Schwarz** sagt, 23,7 Millionen € seien kein Pappenstiel. Er würde gerne wissen, ob die gesamten Kosten laut Vorlage die Gemeinde zu tragen hätten oder ob hier noch Förderungen angerechnet werden könnten. Dies sei aus der Vorlage nicht ersichtlich. Außerdem gehe die Finanzierungstabelle in der Vorlage nur bis 2025. Bis dahin wäre man bei einer Summe von 18 Millionen €. Er würde gerne wissen, wann der restliche Betrag bezahlt werden würde. Da nach 2025 noch der Straßenbau hinzukommen würde mit 6 - 8 Millionen €, würde sich die Gesamtsumme eher auf 31 Millionen € belaufen. Hier wären die Kostensteigerungen noch nicht final mit einberechnet, die bis dahin noch nicht abgeschätzt werden können.

**Herr Pöschl** erläutert, wie hoch die Kosten für den Straßenbau werden würden, sei noch nicht abschätzbar. Die derzeitigen Kosten in Höhe von 23,7 Millionen € würden noch gefördert und unter den drei Kreuzungsbeteiligten aufgeteilt werden. Der Restbetrag würde bei der Gemeinde bleiben. Bei der Fußgängerunterführung würde die Deutsche Bahn als Kostenträger nicht mehr beteiligt werden. Bezüglich der Aufteilung laut Sitzungsvorlage erklärt der Vertreter der Deutschen Bahn, dass die Kosten vorab angemeldet werden müssen, aktuell aber das Ergebnis der Ausschreibung noch nicht berücksichtigt worden sei. Aus diesem Grund sei die Summe nicht die gleiche.

**Herr Ziegler der AVG** ergänzt die Ausführungen. Bei den 23,7 Millionen € handle es sich um die Gesamtkosten. Hierfür gäbe es noch verschiedene Förderungen. Beispielsweise für die PKW-Unterführung 75 %, die Fußgängerunterführung würde gar nicht auf die Gemeinde fallen.

**Gemeinderat Rendes** äußert, dass er froh sei, dass es weitergehe. Die Kostenexplosionen würden sich auch im Beruf und Alltag widerspiegeln. Er würde positiv nach vorne schauen und hoffen, dass die Baumaßnahmen auch zügig durchgeführt werden würden. Die Zustimmung würde erfolgen.

**Gemeinderätin Frensch** bittet nochmals um Nennung eines Gesamtbetrags, welcher bei der Gemeinde verbleibe. Sie könne nichts zustimmen, wozu sie nicht wenigstens einen ungefähren Wert hätte und möchte nun noch Stellung zu diesem Projekt beziehen. Das Projekt sei die größte Fehlentscheidung, welche in den letzten Jahren durch den Gemeinderat getroffen worden sei. Es sei eine Bankrotterklärung für den Haushalt der Gemeinde und sämtliche Investitionen in den Bereichen Soziales, Bildung und Nachhaltigkeit würden darunter leiden. Sie stimme der Vergabe nicht zu.

**Herr Ziegler der AVG** legt nochmal die finanzielle Belastung für die Gemeinde dar. Bei Kosten in Höhe von 25 Millionen € und einem Fördersatz von 75 % würde für die Gemeinde ein Restanteil von 25 % von 25 Millionen € übrigbleiben. Voraussetzung sei, dass alle Kosten als förderfähig anerkannt werden würden. Derzeit würden Gespräche dazu zwischen der Gemeinde und dem Zuschussgeber, dem Regierungspräsidium Karlsruhe, stattfinden.

**Gemeinderat Reeb** äußert, dass auch seine Fraktion über den Betrag überrascht war. Der Beschluss zur Umsetzung sei jedoch gefasst worden und sie seien jetzt froh, dass es losgehe. Er erklärt die Zustimmung zur Vergabe.

**Gemeinderat Rahn** erklärt, der Bau der PKW-Unterführung sei eine Fehlentscheidung und stimmt Gemeinderätin Frensch zu. Die Umsetzung sei über die Auftragsvergabe jedoch nicht mehr aufzuhalten. Aus diesem Grund würden Sie sich bei der Abstimmung enthalten.



**Gemeinderat Schwarz** bedankt sich für die Beantwortung der Fragen und stimmt der Ansicht von Gemeinderätin Frensch zu. Er äußert, dass die finanzielle Belastung gigantisch und unnötig sei. Die nächste Unterführung würde gerade mal 500 m entfernt liegen. Trotz Zuschussung durch Bund und Land müsse der Steuerzahler für eine hohe Summe aufkommen. Die Aussage, die Kostensteigerung wäre geringer gewesen, wenn man früher mit dem Bau begonnen hätte, halte Gemeinderat Schwarz für nicht richtig, da Baumaßnahmen immer teurer werden würden. Hätte man mit dem begonnen was sinnvoll sei, die Fußgängerunterführung, müsse man nun gar nichts bezahlen. Er äußert, dass laut Gutachten aus 2019 täglich 3.300 Fahrzeuge den Bahnübergang kreuzen würden. Diese Berechnungen stammen anhand der Bewohner hinter dem Bahnübergang. 500 m sei ein weiterer Bahnübergang und er bezweifle, dass pro Tag über 3.000 Fahrzeuge den Bahnübergang kreuzen würden. Auf der B10 würden pro Tag 17.000 Fahrzeuge fahren. Bezüglich der Kosten sagt Gemeinderat Schwarz, bei Gesamtkosten von 31 Millionen € und einer geschätzten Nutzungsdauer von 50 Jahren wäre das eine jährliche Belastung in Höhe von ca. 600.000 € für den Haushalt. Bei diesem Betrag sei noch nicht die Finanzierung mit einberechnet. Die Kosten würden 10 % des verfügbaren Haushalts in Anspruch nehmen. Die Begründung, die Unterführung sei aus Sicherheitsaspekten für Rettungsfahrzeuge notwendig, sei quatsch. Es sei eine Unterführung für PKW und die Feuerwehr könne nur durch die Großunterführung 500 m weiter fahren. Würde man heute das Vorhaben absagen, hätte man einen Schaden in Höhe von ca. 2 Millionen €. Aber immerhin seien es 25 Millionen € weniger, als es kosten würde. Das Bauvorhaben sei eine Fehlentscheidung des Gemeinderats, von CDU und SPD.

**Herr Oepen der Deutschen Bahn** äußert, dass er die vorgetragenen Einwände nachvollziehen könne. Die bereits abgeschlossenen, rechtsverbindlichen Kreuzungsverträge seien aus den Jahren 2008 und 2010. Seitdem sei viel passiert und Umstände hätten sich geändert. Die Diskussionen seien ihm bekannt. In diesen Verträgen seien die beiden Maßnahmen Nordumgehung mit Bahnhofs-beseitigung und Personen- sowie PKW-Unterführung untrennbar miteinander verknüpft worden. Dies sei Fakt. Die Deutsche Bahn als auch die AVG haben sich an diesen bestehenden Vertragsverhältnissen zu orientieren, ebenso die Gemeinde. Die Sichtweise heute könne berechtigterweise eine andere sein.

**Gemeinderat Hörter** sagt, in jeder Sitzung, in welcher dieses Thema behandelt werde, würden Grundsatzdiskussionen geführt werden. Heute seien viele falsche Aussagen getroffen worden, welche berichtigt werden müssen. Es sei viel Geld für Gutachten ausgegeben worden. Hätten die Deutsche Bahn und die AVG das Bauvorhaben nicht für notwendig gehalten, hätten diese dem Vorhaben auch nicht zugestimmt. Bezüglich der Feuerwehr äußert Gemeinderat Hörter, dass Feuerwehrleute nicht mehr durch die bereits bestehende Unterführung 400 m weiter kommen würden, wenn diese mit Wasser volllaufen sollte. Man hätte sich bei der Planung Gedanken gemacht, dass Feuerwehrleute, welche nördlich des Bahnübergangs wohnen, auch erstmal zum Feuerwehrhaus kommen müssten. Ausgerechnet die Leute, welche das Projekt um fünf Jahre verzögert hätten, würden an diesem Tag die größten Bedenken äußern. Die Maßnahme könne heute bereits fertig sein.

**Gemeinderätin Konstandin** möchte zur Aussage von Gemeinderat Schwarz klarstellen, dass nicht die gesamte SPD für das Projekt verantwortlich sei. Ein Teil der SPD sehe das Projekt als Fehlentscheidung und hätte bei der Grundsatzentscheidung entsprechend abgestimmt. Sie würden jedoch sehen, dass eine demokratische Abstimmung eingehalten und begleitet werden solle. Eine Neuplanung würde das Vorhaben um viele Jahre verzögern. Sie wisse auch nicht, wie sich die Förderung in dieser Zeit entwickeln würde. Aus diesem Grund stimme die SPD zu.



**Gemeinderat Schwarz** entschuldigt sich für seine pauschale Aussage, die SPD sei für das Vorhaben gewesen. Zur Aussage von Gemeinderat Hörter sagt er aus, dass es im Notfall für die Feuerwehr noch den Weg über Wöschbach gäbe. Er respektiere und schätze demokratische Entscheidungen, aber er wisse nicht, weshalb die heutige demokratische Abstimmung anders gewertet werden solle als eine andere. Es könne nicht sein, dass man Konsequenzen einer Fehlentscheidung immer durchziehen müsse.

**Gemeinderat Ringwald** beantragt das Ende der Debatte. Es gehe um die Vergabe und nicht um die Grundsatzentscheidung.

**Herr Oepen der Deutschen Bahn** erklärt das weitere Vorgehen. Die Vergabeempfehlung gehe nun noch in den Aufsichtsrat. Ab Juli können vermutlich die Baumaßnahmen beginnen. Unmittelbar betroffene Bürger des Bahnhofs sollen zu einem Termin vor Ort eingeladen werden.

### **Beschluss:**

**Der Gemeinderat stimmt dem Vergabevorschlag der AVG, die Firma Leonhard Weiss GmbH & Co. KG mit der Erbringung der Leistungen für den schienengleichen Bahnübergang in Söllingen zu beauftragen, mit folgendem Abstimmungsergebnis zu:**

**Ja-Stimmen: 14**

**Nein-Stimmen: 6**

**Enthaltungen: 2**

- 3. Aktualisierung der Allgemeinen Kanalisationspläne (AKP) der Gemeinde Pfinztal**
- Vergabe von Ingenieurleistungen
  - Beratung und Beschlussfassung

**Bürgermeisterin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein.

**Gemeinderat Schwarz** sagt, die Kanäle können sicher nicht alle Wassermassen aufnehmen. Hier müsse ein Erwartungsmanagement betrieben werden. Er befände es für gut, dass Bocksbach und Pfinz intensiv mit in die Berechnungen und Untersuchungen aufgenommen und entsprechend bewertet werden.

### **Beschluss:**

**Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung einstimmig zu.**





#### 4. **Änderung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften - Beratung und Beschluss**

**Bürgermeisterin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein.

**Gemeinderätin Eisenbusch** äußert, das Thema sei dankenswerterweise durch einen Bericht der BNN über die Kosten einer Flüchtlingsfamilie in einer Obdachlosenunterkunft der Gemeinde Pfinztal hochgekommen. Man denke immer, es müsse Miete bezahlt werden. Es handle sich jedoch um eine von den Gemeinderäten festgelegte Gebühr, welche pro Person erhoben werde. Das Problem bestehe nicht, wenn die Obdachlosenwohnungen von Obdachlosen bewohnt werden würden. Dies sei aber kaum der Fall. In den meisten Wohnungen seien Flüchtlinge. Diese sitzen nun in Wohnungen, welche gar nicht für diesen Zweck gedacht seien. Bei Obdachlosen würden Nutzungsgebühren Sinn ergeben, diesen Fall gäbe es jedoch kaum mehr. Wenn das Jobcenter die Unterkünfte bezahlt, sei alles gut. Doch sobald die Betroffenen arbeiten, würde das von den Beträgen des Jobcenters abgezogen werden. Aus diesem Grund stimme die SPD dem Vorschlag zu.

**Gemeinderätin Möller** sagt aus, dass man sich über das erstrebenswerte Ziel der Obdachlosenunterkünfte einig sei. Wer arbeitet, solle mehr Geld zur Verfügung haben als diejenigen, die nicht arbeiten. Die in der Vorlage zur Entscheidung stehende Maßnahme sei jedoch ungeeignet, dieses Ziel zu erreichen. Für die Gemeinde würden bei der Variante mit der Deckelung Mehrkosten in Höhe von 130.000 € gegenüber der Variante ohne Deckelung entstehen. Dieses Geld würde nicht den arbeitenden Obdachlosen zugutekommen, sondern dem Jobcenter. Betroffene hätten dadurch nicht mehr Geld in der Tasche. Der erhoffte Anreiz zu arbeiten würde nicht bewirkt werden. Die 130.000 € seien aus der Sicht von Pfinztal rausgeschmissenes Geld. Zustimmung werde nicht erteilt.

**Gemeinderat Ringwald** äußert, dass es nicht unbedingt förderlich sei, dass die Leute durch diesen Beschluss mehr arbeiten. Es sei jedoch zumindest ein Weg, das Problem anzugehen. Er sehe jedoch das Problem, dass Gemeinden von der Politik alleine gelassen werden. Pfinztal als Kommune würde nun versuchen, dies wieder zu richten. Es gäbe kaum bezahlbaren Wohnbau für Flüchtlinge oder Obdachlose. Es gäbe keinen sozialen Wohnungsbau. Eher darin würde das Problem liegen und nicht in der Obdachlosensatzung der Gemeinde Pfinztal. Die Änderung der Satzung sei aber zumindest ein Ansatz.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** stimmt ihren Vorrednern zu. Sie stimmen dem Vorschlag zu.

**Gemeinderätin Konstandin** erklärt, es sei ein Anreiz sich Arbeit zu suchen, auch wenn es nur einen kleinen Betrag ausmache. Man hätte sozial etwas getan. Wenn man jemand in Arbeit bekomme, sei wieder eine Person von der Straße weg.

**Gemeinderätin Frensch** freut sich über die Aussage von Gemeinderat Ringwald, dass es keinen bezahlbaren Wohnraum gäbe. Sie sehe als Auftrag für die Gemeinde, diesen Wohnraum zu schaffen. Dies sei die Verantwortung der Gemeinde für die nächsten Jahre.

**Gemeinderätin Möller** sagt nochmals, Betroffene hätten durch die Variante mit der Deckelung nicht mehr Geld zur Verfügung. Die Maßnahme sei nicht dazu geeignet, Menschen von Sozialleistungen wegzubekommen.



## **Beschluss:**

**Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung mit folgendem Abstimmungsergebnis zu:**

**Ja-Stimmen: 13**

**Nein-Stimmen: 2**

**Enthaltungen: 7**

## **5. Natur-/Waldkindergarten in Söllingen - Beratung und Beschluss über die Vergabe der Betriebsträgerschaft**

**Bürgermeisterin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein.

**Gemeinderat Sturm** erklärt, dass die Ausschreibung stattgefunden habe. Ein Bewerber hätte sich beworben. Dieser betreibe bereits den Waldkindergarten in Berghausen.

**Gemeinderäten Lühje-Lenhardt** sagt, sie hätten einen Antrag zu diesem Punkt vorgelegt und trägt diesen vor:

### **„Antrag der Zählgemeinschaft *Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen* und *die Linke* zum Natur-/Waldkindergarten Söllingen**

*Der Gemeinderat möge zur Trägerschaft des geplanten Natur-/Waldkindergartens beschließen*

- 1. da dem Gemeinderat eine Auswahl für die Entscheidung der Trägerschaft mit nur einem Bewerber nicht gegeben ist, die laufende Ausschreibung zur Betriebsträgerschaft aufzuheben und gegebenenfalls neu auszuschreiben*
- 2. um eine Vielfalt der Angebote für Eltern zu gewährleisten, wird die Verwaltung beauftragt, vermehrt auch auf nichtkonfessionelle Träger proaktiv zuzugehen. (Momentan sind nur zwei Kindergärten in Pfinztal unter nicht konfessioneller Trägerschaft.)*
- 3. falls sich am Ende wiederum keine weiteren Träger bewerben, die kommunale Trägerschaft für den Natur-/Waldkindergarten ohne Ausschreibung zu beschließen.*

## **Begründung**

Ohne die Arbeit des bestehenden und durch gute Fachkräfte funktionierenden Waldkindergartens in Berghausen in Abrede zu stellen, sollte uns Gemeinderät:innen die Möglichkeit gegeben werden zwischen verschiedenen, mindestens aber zwei Trägern zu entscheiden, Konzepte zu vergleichen und nach unseren jeweiligen Schwerpunkten abzuwägen, welche Bewerbungen der Ausschreibung entsprechend am besten geeignet erscheint.

Falls sich keine weiteren Träger bewerben, sollte sich die Gemeinde selbst als Träger ins Spiel bringen. Neben der Gewährleistung, dass nach den Kriterien der Ausschreibung das Konzept erarbeitet werden wird, ist es durchaus denkbar, dass bei kommunaler Trägerschaft, sich eher Fachkräfte finden werden. Denn die aktuellen Tarifverhandlungen haben ergeben, dass diese unter kommunaler Trägerschaft wesentlich besser gestellt werden. Das sollte es uns wert sein.

Vgl. Ergebnis bei Tarifverhandlungen für Sozial- und Erziehungsdienste  
18.05.2022

Nach dreitägigen Verhandlungen über Entlastung und Aufwertung der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten der Kommunen haben die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) ein Ergebnis



erzielt. Danach erhalten die Beschäftigten zunächst zwei Entlastungstage pauschal sowie die Option zur Umwandlung von Entgeltbestandteilen in zwei weitere Entlastungstage. Zudem werden monatliche Zulagen je nach Berufsgruppe zwischen 130 Euro und 180 Euro gezahlt, um die Tätigkeiten im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste aufzuwerten. (<https://www.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++dbfd03e6-d6c7-11ec-a5ac-001a4a160129>)

Monika Lüthje-Lenhardt, Kristin Frensch, 24.05.2021“

**Gemeinderat Dr. Vogel** äußert, das Thema sei ausführlich im Finanzausschuss diskutiert worden. Es sei demokratisch abgestimmt und eine entsprechende Empfehlung gegeben worden, das Projekt an den Bewerber zu vergeben. Es solle nun nicht wieder lange darüber diskutiert werden. Außerdem möchte Gemeinderat Dr. Vogel wissen, ob die Verwaltung zum Schadensersatz verpflichtet sei, wenn die Ausschreibung aufgehoben werden würde. Der Naturkindergarten sei Teil des Bedarfsplans 2023/2024, welcher im März beschlossen worden sei. Entscheide man sich nun für den Bewerber, könne man mit dem Betrieb 2023/2024 rechnen. Würde man nun wieder von vorne anfangen, verschiebe sich die Inbetriebnahme bestimmt um ein Jahr. Dem Beschlussvorschlag werde zugestimmt.

**Gemeinderat Reeb** äußert, dass die SPD-Fraktion ebenfalls nicht glücklich darüber gewesen sei, dass es nur einen Bewerber gegeben hätte. Sie unterstützen den Antrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und die Linke.

**Gemeinderätin Möller** erklärt, dass sie sich ebenfalls mehrere Bewerber gewünscht hätten. Aber man stehe nun vor der Situation, dass nur ein Angebot vorliege und Kindergartenplätze dringend benötigt werden würden. Sie glaube nicht, dass die Gemeinde das besser könne. Die Fraktion sehe vorrangig die Sicherstellung der Kindergartenplätze und stimme dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und die Linke nicht zu.

**Herr Sturm** meint, das Thema Schadensersatz müsse je nach Abstimmungsergebnis dann abgeklärt werden.

**Gemeinderätin Frensch** äußert, es sei ein Anliegen, dass Kindergartenplätze ausreichend zur Verfügung stehen würden. Dennoch möchte sie sich nicht unter Druck gesetzt fühlen, einem Bewerber zuzustimmen obwohl es keine Auswahl gegeben hätte. Sie nehme in Kauf, dass sich die Inbetriebnahme um ein paar Monate verzögern würde.

**Gemeinderätin Rothweiler** sagt, 80 % der Kindergärten in Pfinztal seien konfessionelle Kindergärten. Nichtkonfessionelle Erzieherinnen und Erzieher würden bei konfessionellen Kindergärten nicht eingestellt werden. 45 % der Bewohner in Deutschland hätten keine Konfession. Dies stelle eine Diskriminierung für Menschen dar, die nicht die Möglichkeit hätten in konfessionellen Kindergärten eingestellt zu werden.

**Gemeinderat Dr. Vogel** betont nochmals, dass ihm die Aussage zum Schadensersatz von Herrn Sturm zu wenig sei. Außerdem möchte er wissen, ob zuerst über den Beschlussvorschlag der Gemeinde oder über den Antrag der Fraktionen abgestimmt werde. Wenn das Thema Schadensersatz nicht geklärt werde, müsse der Bürgermeister gemäß der Gemeindeordnung gesetzwidrigen oder für die Gemeinde nachteiligen Beschlüssen widersprechen. Schadensersatz wäre nachteilig für die Gemeinde.

**Bürgermeisterin Bodner** sagt, es könne ggf. auch nach der Sitzung noch gegen einen Beschluss Widerspruch eingelegt werden.



**Herr Bauer** erklärt, die Verwaltung sehe den Antrag der Grünen und Linken als weitest gehenden Antrag, da dieser weit über den Verwaltungsvorschlag hinausgeht. Die Bürgermeisterin könne Beschlüsse auch nach der Sitzung prüfen und noch widersprechen. Der Gemeinderat müsse dann nochmals über das Thema beraten und beschließen. Auf die Schnelle könne man eine Rechtswidrigkeit nun nicht feststellen.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhart** äußert, dass zwar im Finanzausschuss vorberaten, jedoch erst im Nachhinein nochmal recherchiert worden sei. Daraufhin hätte sich sofort ein weiterer Interessent gemeldet. Sie wolle nicht den Eindruck erwecken, dass konfessionelle Erzieher und Erzieherinnen schlechter seien, sie wollen jedoch auswählen können. Gerne würde sie sich bemühen, weitere Interessenten zu gewinnen. Zum Beitrag von Frau Möller sagt sie, wenn dem Antrag nicht zugestimmt werden würde, würden Sie den Antrag auch ohne den dritten Punkt stellen.

**Gemeinderätin Konstantin** sagt zum Beitrag von Gemeinderat Dr. Vogel, wenn der Gemeinderat nicht anders entscheiden könne als die Ausschüsse, dann bräuchte man den Gemeinderat auch nicht mehr. Sie könne sich nicht vorstellen, dass Schadensersatzansprüche bestehen würden, es hätte ja nur eine Bewerbung gegeben. Somit könne sie sich keinen entstandenen Schaden vorstellen.

**Gemeinderätin Möller** äußert, es stehe im Vordergrund, dass die Kindergartenplätze bald zur Verfügung stehen würden. Ein Telefonat mit jemandem sei noch keine Zusicherung, dass auch wirklich ein Angebot komme.

**Herr Bauer** sagt, wenn über Antrag Nr. 1 – 3 abgestimmt werden würde, sei der Antrag entweder angenommen oder abgelehnt. Man könne dann nicht den Antrag modifizieren und in der heutigen Sitzung erneut darüber abstimmen.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhart** möchte wissen, wie groß die Zeitverzögerung wäre, wenn man die Vergabe neu ausschreiben würde.

**Herr Sturm** schätzt dies auf mindestens 3 – 6 Monate, könne dies aber nur schwer abschätzen.

**Gemeinderat Dr. Vogel** möchte wissen, über welchen Antrag nun abgestimmt werden solle.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhart** erklärt, es solle über die Nummern 1 – 3 des Antrags abgestimmt werden.

**Gemeinderat Schwarz** äußert, in der Vorberatung wurde gesagt, es müsse geprüft werden, wie neben der Vergabe auch noch die bauliche Realisierung umgesetzt werden könne. Der kommunizierte zeitliche Rahmen hierfür würde nicht zum zeitlichen Rahmen laut Ausschreibung passen.

**Bürgermeisterin Bodner** liest den Antrag vor.

### **Beschlüsse:**

**Der Gemeinderat stimmt über den Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen und die Linke wie folgt ab:**

**Ja-Stimmen: 11**

**Nein-Stimmen: 11**

**Der Gemeinderat hat den Antrag abgelehnt.**



**Der Gemeinderat stimmt über den Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung wie folgt ab:**

**Ja-Stimmen: 11**

**Nein-Stimmen: 11**

**Der Beschlussvorschlag wurde durch den Gemeinderat abgelehnt.**

**6. Erlass einer Verordnung über den Ladenschluss anlässlich der Kirchweih in den einzelnen Ortsteilen  
- Beratung und Entscheidung**

**Beschluss:**

**Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung ohne weitere Aussprache einstimmig zu.**

**7. Änderung der Hauptsatzung - Grundsatzbeschluss zur Abschaffung der Ortschaftsverfassung  
- Beratung und Beschlussfassung**

**Bürgermeisterin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein.

**Gemeinderat Herb** sagt, die Vorlage sei schön und höflich geschrieben. Es sei laut den Worten der Vorlage ein Auftrag aus dem Gemeindeentwicklungskonzept Pfinztal 2035. Sinn der Ortschaftsräte sei gewesen, dass sich die einzelnen Ortsteile nicht benachteiligt fühlen. Bei der nächsten Wahl 2024 sei Pfinztal 50 Jahre alt. Die Ortschaftsräte hätten es 25 Jahre nicht geschafft sich abzuschaffen. Das fast erreichte Rentenalter der drei Ortsvorsteher hätte mit der Abschaffung nichts zu tun. Es sei jedoch aller höchste Zeit, die Ortschaftsräte abzuschaffen.

**Gemeinderätin Schaier** meint, das Vorgehen sei bereits im Entwicklungskonzept der Gemeinde Pfinztal empfohlen worden. Die Ortschaftsräte würden laut den Bürgern auch als Grund für fehlendes Gemeinschaftsgefühl als Gemeinde Pfinztal gesehen werden. Sie stimmen für die Änderung und somit Abschaffung. Gemeinderätin Schaier erklärt zudem, dass zukünftig Beauftragte für die Ortschaften unabhängig sein sollen, also keine Personen aus der Verwaltung. Außerdem solle es eine Informationsveranstaltung für Bürger geben. In der Verwaltung gäbe es derzeit einen Generationenwechsel. Hier werde gar nicht mehr vom Ortschaftsrat gesprochen. Viele würden damit gar nichts mehr anfangen können. Die Ortschaftsräte in Kleinsteinbach seien einstimmig für die Abschaffung, die CDU-Fraktion jedoch insgesamt würde unterschiedlich abstimmen.

**Gemeinderat Rahn** äußert, die Ortschaftsräte hätten sich und ihre Funktion im Laufe der Jahrzehnte überholt. Der Gemeinderat hätte inzwischen die gesamte Gemeinde mit allen Ortsteilen im Blick und es gäbe innerhalb des Gemeinderats keine Ortsteilkämpfe. Gemeinderat Rahn ist der Meinung, die Ortschaftsräte sollen abgeschafft werden. Dies solle jedoch



nicht ersatzlos geschehen. Für jeden Ortsteil müsse ein Ortsteilbeauftragter bestellt werden. Dies solle bereits in den Grundsatzbeschluss eingefügt werden. Gemeinderat Rahn liest folgenden Formulierungsvorschlag vor: „Der Gemeinderat beschließt nach Abschaffung der Ortschaftsräte ehrenamtliche Ortsteilbeauftragte für alle Ortsteile zu bestellen, die unter anderem ohne Stimmrecht an Gemeinderatssitzungen teilnehmen dürfen.“

**Gemeinderätin Eisenbusch** sagt, der Ortschaftsrat sei ursprünglich von der Landesregierung als Übergangslösung geplant gewesen. Dies sei sicher richtig gewesen da man befürchtete, eine Ortschaft hätte mehr Gewicht als eine andere. Damals hätte es jedoch bereits den Hinweis gegeben, dieses Gremium möge sich selbst auflösen, wenn es nicht mehr gebraucht werde. Die SPD-Fraktion halte diesen Moment für gekommen. 99 % aller Entscheidungen würden vom Gemeinderat getroffen werden, in welchem alle vier Ortsteile sehr gut vertreten seien. Gemeinderätin Eisenbusch meint, die Ortschaftsräte sollen laut Satzung in ortsspezifischen Punkten angehört werden. Dies würde auch geschehen. Manche Diskussionen im Ortschaftsrat würden jedoch oft nichts bringen. Auch die Verwaltung würde sich seit Jahren nicht mehr um die Meinung der Ortschaftsräte scheren. Eine Ortsverwaltung sowie Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger müsse es jedoch weiterhin geben. Dies hätte in der Vorlage auch stehen sollen. Der Ältestenrat habe sich einstimmig für die Abschaffung ausgesprochen.

**Gemeinderätin Konstantin** trägt bei, dass der Ortschaftsrat im Gemeinderat keine große Stimme hätte. Dies sehe man an diesem Abend, da der Ortschaftsrat zur heutigen Sitzung nicht eingeladen worden sei. Sie selbst sei auch im Ortschaftsrat Kleinsteinbach. Der Austausch unter den insgesamt sechs Ortschaftsräten in diesem Ortsteil sei nicht produktiv, da die Hälfte im Gemeinderat säße und die andere Hälfte nicht. Dies stelle einen großen Wissensunterschied dar, der immer auf den gleichen Stand gebracht werden müsse. Dies sei für Ortschaftsräte, welche nicht im Gemeinderat seien, frustrierend, da diese nichts zu entscheiden hätten. Dieser Frust führe zu Politikverdrossenheit.

**Gemeinderat Hörter** sagt, bei der allgemeinen Politikverdrossenheit würde das Gefühl immer stärker werden, nach oben hin ausgeliefert zu sein. Es sei wichtig, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger ihr Mitspracherecht nicht verlieren würden. Integration fände in den Ortsteilen statt, weshalb die Ortschaftsräte wichtig seien. Niemand wisse besser Bescheid, welche Maßnahmen vor Ort notwendig seien, als die Bürgerinnen und Bürger sowie deren Vertretungen in den Ortsteilen. Gemeinderat Hörter vertritt die Meinung, die Ortschaftsräte sollen nicht abgeschafft, sondern eher verstärkt werden. Diese würden auch älteren Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit geben, da sie mit ihren Anliegen nicht zur Verwaltung, sondern zu einer vertrauten Person gehen könnten. Die Auswirkungen von Corona würden deutlich machen, wie wichtig persönliche Kontakte zu Vertretungen der Gemeinde seien. Gemeinderat Hörter zählt sieben für ihn entscheidende Gründe für die Beibehaltung der Ortschaftsräte auf: Höhere Akzeptanz bei den Bürgern, Erhaltung der demokratischen Strukturen, Verschwinden der ehrenamtlichen Bürgerwirke der Ortsverfassung entgegen, Identifikation im Ort, bürgerschaftliches Mitwirken insgesamt, Ortskenntnisse der Ortschaftsräte unterstützen die Verwaltung zur Entlastung, Bürgernähe.

**Gemeinderat Ringwald** äußert, 1974 wurde nach der Gründung von Pfinztal ein Ortschaftsrat sicherlich benötigt. Inzwischen seien wir drei Generationen weiter, viele Leute würden Pfinztal nur noch als Gesamtgemeinde und nicht mehr als einzelne Ortschaften kennen. Diese Trennung gäbe es nur noch auf dem Sportplatz. Auch die Angst der Bürger, in das große Gremium mit ihren Anliegen zu kommen, sei weg. Der Schritt sollte jetzt gegangen werden, es sei jedoch wichtig, einen neutralen Ortsteilbeauftragten zur Aufrechterhaltung der Bindung einzuführen. Die Ortsverwaltungen sollen bestehen bleiben.



**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** weist darauf hin, dass die Fraktionsvorsitzenden bereits einheitlich zugestimmt hätten. Ihr sei wichtig, dass das Protokoll den Pressevertretern zugeschiedt werde. Bezüglich der Ortsteilbeauftragten äußert sie, diese Personen sollen alle Informationen haben und ohne Stimmrecht an Sitzungen teilnehmen dürfen. Den Beitrag von Gemeinderätin Konstantin fände sie sehr gut, den Beitrag von Gemeinderat Hörter empfand sie als nicht schlüssig. Wichtig sei, dass die Ortsteilbeauftragten neutral seien. Sie wohne seit Ende 1988 in Pfinztal und fühle sich als Pfinztalerin und nicht nur als Bewohnerin von Berghausen. Vielen Bürgerinnen und Bürgern würde es seit der Gründung von Pfinztal ebenso gehen.

**Gemeinderat Schwarz** dankt Gemeinderat Ringwald und Gemeinderätin Schaier und stimmt diesen beiden zu. Er äußert, die Mehrheit der Ortschaftsräte sei sowieso im Gemeinderat und fragt, was ein Ortschaftsrat somit bringe. Diese seien im Jahre 2022 überholt, er sei für die Abschaffung.

**Gemeinderätin Frensch** sagt, sie lebe bereits ihr Leben lang in Söllingen. Wenn sie gefragt werde woher sie kommt würde sie sagen, sie lebe in Pfinztal. In ihrer Generation gäbe es diese Diskussion nicht. Sie fühle sich Pfinztal verbunden und nicht einem einzelnen Ortsteil. Ihrer Meinung nach, denke so ähnlich auch ihre Generation.

**Gemeinderätin Konstantin** trägt bei, dass man nicht die Ortschaftsverwaltungen abschaffen wolle, sondern das Gremium der Ortschaftsräte. Jeder Ort sei ausreichend im Gemeinderat vertreten. Es gäbe durchaus Bürger, welche sich einzelnen Ortsteilen zugehörig fühlen. Es werden aber nicht die einzelnen Ortsteile abgeschafft, sondern nur das Gremium der Ortschaftsräte. Sie äußert, in der Vorlage würde eine Aussage dazu fehlen was passiere, wenn sich nicht alle Ortschaftsräte auflösen würden.

**Bürgermeisterin Bodner** erklärt, wenn sie ein Ortschaftsrat nicht abschaffen wolle, sei dies kein Hindernisgrund. Es könne auch ein einzelner Ortschaftsrat bestehen bleiben.

**Gemeinderat Hruschka** äußert, für ihn sei ein Ortsteilbeauftragter eine neutrale Person ohne Parteizugehörigkeit.

**Gemeinderätin Rothweiler** fragt, ob Menschen mit Parteizugehörigkeit ausgeschlossen werden würden.

**Herr Bauer** erklärt, dass für die inhaltliche Gestaltung der Ortsteilbeauftragten noch genügend Zeit sei. Es gehe in dieser Sitzung nur um die Fassung des Grundsatzbeschlusses, damit die Ortschaftsräte auch darüber beraten und abstimmen können. Die Ausgestaltung der Ortsteilbeauftragten müsse im weiteren Verfahren diskutiert und beschlossen werden.

**Bürgermeisterin Bodner** sagt, egal wem man sich zugehörig fühlt, das Amt solle so wahrgenommen werden, so dass niemand bevorteilt oder benachteiligt werde.

**Gemeinderat Schwarz** sagt, es solle nur Ortsteilbeauftragte geben für Ortsteile, welche den Ortschaftsrat abgeschafft hätten um keine Doppelstrukturen zu bekommen.

**Herr Bauer** liest den Beschlussvorschlag vor. Die Bestellung von ehrenamtlichen Ortsteilbeauftragten für jeden Ortsteil durch den Gemeinderat, welche mit beratender Stimme an den Sitzungen des Gemeinderats teilnehmen sollen, wurde im Beschlussvorschlag ergänzt:

1. Der Gemeinderat beschließt, nach Zustimmung der Ortschaftsräte die Hauptsatzung der Gemeinde dahingehend zu ändern, dass die Ortschaftsräte zur nächsten Kommunalwahl abgeschafft werden.



2. Für jeden Ortsteil werden ehrenamtliche Ortsteilbeauftragte vom Gemeinderat bestellt, welche mit beratender Stimme an den Sitzungen des Gemeinderates teilnehmen sollen.

### **Beschluss:**

**Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag der Gemeindeverwaltung mit folgendem Abstimmungsergebnis zu:**

**Ja-Stimmen: 17**

**Nein-Stimmen: 3**

**Enthaltungen: 2**

## **8. Mitteilungen der Bürgermeisterin**

**Bürgermeisterin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein. Sie gibt bekannt, dass die Filiale der Sparkasse in Söllingen in einen Bereich mit Selbstbedienungs-Terminal umgewandelt werden solle. Dies gäbe es bereits in Wöschbach. Außerdem berichtet sie über den Besuch der Stadt Kidira im Senegal aufgrund der Klimapartnerschaft.

## **9. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium**

**Bürgermeisterin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein.

**Gemeinderat Herb** bedankt sich bei Herrn Bauer, dass er die Abstimmungsergebnisse immer laut über das Mikrophon vorlese.

**Gemeinderat Rothweiler** äußert sich zur Berichterstattung in der BNN, die sich auf die Dienstaufsichtsbeschwerde bezieht, welche gegen ihn gerichtet sei. Er gesteht, dass ihm Fehler unterlaufen seien. Dass diese ihm immer wieder zur Last gelegt werden, störe ihn sehr. Seine Stärke sei das Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern. Er hoffe auf bessere Zusammenarbeit im Ortschaftsrat.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** liest eine Erklärung des Ortsverbands Pfinztal Bündnis90/Die Grünen zur Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Gemeinderat Rothweiler vor.

**Bürgermeisterin Bodner** rügt, bei diesem Tagesordnungspunkt seien nur Anliegen an die Gemeindeverwaltung vorzubringen und keine parteipolitischen Stellungnahmen.

**Gemeinderätin Konstantin** äußert, der Gemeinderat sei nicht dazu da, Stellungnahmen der jeweiligen Parteien vorzutragen. Zusätzlich weist sie nochmal auf ihre Frage in der letzten Sitzung hin, ob eine Untersuchung des Bocksbachs von der Gemeinde Karlsbad bereits erteilt wurde. Sie wollte diesbezüglich eine schriftliche Antwort, habe jedoch noch keine erhalten. Bezüglich der Toilette am Rokycany-Platz hätten sie gerne eine Sachstandsmitteilung. Zum Thema sozialer Wohnungsbau hätten sie gerne einen Sachstandsbericht zur Wohnungsakquise innerhalb der nächsten vier Wochen.





**Bürgermeisterin Bodner** antwortet, sie hätte Bürgermeister Jens Timm der Gemeinde Karlsbad bereits angeschrieben und warte auf seine Antwort. Zum Rokycany-Platz wird der Sachstand geliefert. Sie weist jedoch auf die derzeitige Umstrukturierung der Gemeindeverwaltung hin sowie die Handwerkerlage.

**Gemeinderat Reeb** möchte wissen, ob es bereits Termine für die Vor-Ort-Begehungen des Parkraumkonzeptes gäbe. Außerdem stellt er die Frage, wann man mit Ergebnissen des Landratsamtes bezüglich des Bolzplatzes Heilbrunn-Engelfeld rechnen könne und ob Vorschläge zu den Öffnungszeiten schon vorab gemacht werden könnten. Dadurch hätte man die Möglichkeit, schon zeitnah darüber zu diskutieren und Beschlüsse schneller zu fassen und umzusetzen.

**Herr Münch** gibt bekannt, dass die Ergebnisse des Landratsamtes noch nicht vorliegen würden. Außerdem sei er am Rokycany-Platz gemeinsam mit dem Planungsingenieurbüro vor Ort gewesen. Die Toiletten seien in Planung. Für das Parkraumkonzept würden die Termine bereits feststehen. Die genauen Termine kenne Herr Pöschl.

**Gemeinderat Hruschka** trägt zwei Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern vor. Zum einen sei gefragt worden, ob die Möglichkeit bestehe, auf Spielplätzen auch Angebote für Senioren zu errichten. Zum anderen gibt er das Anliegen weiter, Fahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in Bezug auf des 9-Euro-Ticket nach Langensteinbach von Kleinsteinbach aus an den Wochenenden besser zu takten.

**Gemeinderat Dr. Vogel** spricht einen Artikel der BNN zum Thema neue Grundsteuer an. Er möchte den aktuellen Stand von Pfinztal / Bretten zur Ermittlung der aktuellen Bodenrichtwerte wissen und ob die Frist eingehalten werden könne.

**Bürgermeistern Bodner** antwortet, aufgrund der Hohen Arbeitsauslastung würde es wahrscheinlich schwierig werden.

**Gemeinderat Schwarz** bittet um aktuellen Sachstandsbericht zum zweiten Rettungsweg am Reutweg.

**Bürgermeisterin Bodner** sagt, er bekomme die Informationen über die GR-Info.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhard** möchte den Stand zum Masterplan Bauhof wissen. Außerdem stellt sie die Frage, was auf die Verkehrsinsel in Berghausen Kreuzung B293 / Brückstraße draufkomme.

**Gemeinderätin Frensch** erinnert an die Errichtung von Fahrradständer am Bahnhof Söllingen auf der Seite des Kiosks, damit Fahrradfahrer ihre Fahrräder nicht auf die andere Seite des Bahnhofs tragen müssen. Außerdem weist sie auf das Thema Krankmeldung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte hin. Man solle sich im Sekretariat per E-Mail krankmelden. Dies hätte sie einmal getan und eine Abwesenheitsnotiz des Sekretariats erhalten. In der Gemeinderatssitzung sei dann gesagt worden, sie hätte unentschuldigt gefehlt. Das würde ein schlechtes Bild auf Gemeinderäte werfen, obwohl man alles richtiggemacht hätte.

**Gemeinderätin Schaier** sagt, ihre Frage hätte sich auf die Toilette am Rokycany-Platz in Berghausen bezogen. Die Frage sei aber durch Herrn Münch bereits beantwortet worden. Sie denke aber nicht, dass die Toilette in diesem Jahr noch gebaut werde.



**Gemeinderätin Lühje-Lenhard** weist darauf hin, dass sie noch auf die Beantwortung ihrer Fragen warte.

**Bürgermeisterin Bodner** sagt, sie würde die Informationen über die GR-Info erhalten.

#### 10. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Es gab keine weiteren Fragen, Anregungen oder Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner.**

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Die Schriftführerin

\_\_\_\_\_  
Nicola Bodner  
Bürgermeisterin

\_\_\_\_\_  
Gemeinderätin Schaier

\_\_\_\_\_  
Sarah Riegel

\_\_\_\_\_  
Gemeinderat Reeb